
FDP Bad Vilbel

LACHGAS IST NICHT ZUM LACHEN

30.06.2025

Die FDP-Fraktion Bad Vilbel fordert den Magistrat der Stadt auf, den Konsum und die Abgabe von Lachgas (Distickstoffmonoxid) als sogenannte Partydroge an Jugendliche in Bad Vilbel zu untersuchen. Sollte sich die Befürchtung bestätigen, sollen rechtliche Schritte geprüft und ein Maßnahmenkonzept zum Schutz von Minderjährigen entwickelt werden.

„Die gesundheitlichen Risiken durch Lachgas sind erheblich – von Bewusstlosigkeit und Lähmungen bis hin zu neurologischen Schäden. Wir dürfen nicht warten, bis es in Bad Vilbel zu ernstesten Zwischenfällen kommt“, sagt der Stadtrat und FDP-Vorsitzende Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, einer der Initiatoren des Antrags. „Andere Städte wie Frankfurt und Hanau sind hier bereits aktiv geworden – dem wollen wir nicht hinterherhinken.“

„Es ist erschreckend, wie leicht Jugendliche an Lachgas kommen – oft sogar ohne Alterskontrolle“, erklärt Anja Nina Kramer, FDP-Fraktionsvorsitzende. „Neben einem möglichen Verkaufsverbot brauchen wir dringend Aufklärung und Prävention – in Schulen, Jugendtreffs und auch in sozialen Medien.“

Dr. Daniel Saam, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender, wird den FDP-Prüfantrag im Haupt- und Finanzausschuss nach der Sommerpause vorstellen: „Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat für uns oberste Priorität. Wir nehmen diese Entwicklung sehr ernst und begrüßen eine interkommunale Zusammenarbeit mit dem Wetteraukreis und benachbarten Städten wie Frankfurt bei der Suche nach geeigneten Maßnahmen.“